

Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung

10. Sachstandsbericht öffentlich, Stand: 15.08.2022

Lfd. Nr.	Beschlussdatum	Nr. der Vorlage	Beschlusslage (ggf. Frist)	Zuständigkeit (Dez./Amt)	Bearbeitungsstand	Bemerkungen
3	13.04.2021	V+G/VGB 32/2020 und V+G/VGB 67/2020 - 1	<p>Aufzeichnung (Bild und Ton) der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und anschließende Bereitstellung zum Abruf im Internet (Video on Demand)</p> <p><u>Beschluss:</u> Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Magistratskanzlei zur Kenntnis.</p> <p>Der Ausschuss bittet die Magistratskanzlei, das Büro der Stadtverordnetenversammlung unter Einbindung des BIT bei der unverzüglichen Umsetzung der Live-Übertragung der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung zu unterstützen. Vorrangig soll eine Übertragung durch Radio Weser TV erfolgen. Der Ausschuss bittet das Dezernat II (Stadtkämmerei) die Finanzierung der Übertragung in den Haushalten beginnend ab 2022 dauerhaft abzusichern. Über die Live-Übertragung von Ausschüssen wird nach Auswertung der Erfahrungen und Kosten der Live-Übertragungen der Stadtverordnetenversammlung beschlossen.</p>	Büro StVV, Magistratskanzlei, Stadtverordneten- vorsteher	läuft	<p>Die erforderlichen Änderungen der Rechtsgrundlagen werden vom Rechtsamt aktuell finalisierend vorbereitet.</p> <p>Ein Vertrag mit einem Dienstleister zur Liveübertragung ist in Vorbereitung.</p> <p>Datenschutzrechtlichen Aspekte sind weitestgehend erörtert.</p> <p>Weitere Planung:</p> <p>22.09.2022 Test-Livestream der Sitzung der StVV</p> <p>01.12.2022 Erster Livestream der Sitzung der StVV</p>

Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung

10. Sachstandsbericht öffentlich, Stand: 15.08.2022

5	29.06.2021	<p>V+G/VGB 40/2020-1</p> <p>V+G/VGB 64/2020</p> <p>V+G/VGB 29/2021</p>	<p>Überarbeitung Rechnungsprüfungsordnung</p> <p><u>Beschluss:</u></p> <p>Der Ausschuss beschließt:</p> <p>Der Verfassungs- und Geschäftsausschuss nimmt die Stellungnahme des Rechts- und Versicherungsamtes vom 30.03.2021 zur Kenntnis.</p> <p>Unter Beteiligung des Rechts- und Versicherungsamtes und des Rechnungsprüfungsamtes überarbeitet eine Arbeitsgruppe, bestehend aus je einem Ausschussmitglied je Fraktion, den Entwurf der Rechnungsprüfungsordnung unter Berücksichtigung der in der Stellungnahme enthaltenen Empfehlungen und der zu erwartenden Änderungen des Landesrechts.</p> <p>Abschließend wird das Dezernat II, Rechts- und Versicherungsamt, erneut gebeten, der Stadtverordnetenversammlung die Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung zur Beschlussfassung vorzulegen.</p>	Büro StVV, Dez. II	läuft (siehe Vorlage V+G/VGB 47/2022 - Sitzung V+G am 07.09.2022)	Die Arbeitsgruppe hat in der Zeit vom 19.07.2021 bis 13.06.2022 unter Beteiligung des Rechtsamtes, dem Rechnungsprüfungsamt und des Büros der Stadtverordnetenversammlung achtmal getagt. Der finale Entwurf einer Rechnungsprüfungsordnung sowie eine vom Rechtsamt gefertigte Begründung zum Ortsgesetz wird dem V+G zu seiner Sitzung am 07.09.2022 vorgelegt.
---	------------	--	--	--------------------	--	---

Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung

10. Sachstandsbericht öffentlich, Stand: 15.08.2022

			<p>In diesem Zusammenhang ist außerdem zu prüfen, welche Änderungen der Stadtverfassung und der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung durch die Änderung der Landeshaushaltsordnung und des Bremischen Beamtenrechts erforderlich werden.</p> <p>Es ist anzustreben, dass die Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung zum 01.01.2022 in Kraft tritt.</p>			
15	07.09.2021	V+G/VGB 36/2021	<p>Von der Stadtverordnetenversammlung am 15.07.2021 überwiesener Antrag:</p> <p>AT 19/2021 "Mehr Macht den Bürger*innen: Verbesserung der Bürgerbeteiligung durch Absenkung Beteiligungs- und Entscheidungsquoten" (GRÜNE PP)</p> <p><u>Beschluss:</u> Der Ausschuss bittet um Wiedervorlage im Rahmen weiterer anstehender Verfassungsänderungen, spätestens jedoch Anfang 2022.</p>	Büro StVV	läuft (siehe Vorlage V+G/VGB 40/2022 - Sitzung V+G am 07.09.2022)	
17	08.11.2021	V+G/VGB 65/2020	<p>Grundsätze für die Durchführung von Einwohnerfragestunden gemäß § 43 GOSTVV</p>	Büro StVV	erledigt	Das Online-Formular wurde programmiert. Eine Hinterlegung auf bremerhaven.de wurde durchgeführt.

Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung

10. Sachstandsbericht öffentlich, Stand: 15.08.2022

			<p>hier: Ergänzung zu Nr. 5</p> <p><u>Beschluss:</u> Mit Wirkung vom 01.01.2022 wird Nr. 5, Satz 2 der Grundsätze für die Durchführung von Einwohnerfragestunden gemäß § 43 GOSTVV wie folgt geändert:</p> <p>„Fragen können auch per E-Mail oder über das Online-Formular gestellt werden, wenn sie die vorstehenden Angaben enthalten.“</p>			Erste Einwohnerfragen sind bereits über diesen Weg eingegangen.
18	10.05.2022	V+G/VGB 18/2022	<p>Evaluierung § 46a GOSTVV Zulässigkeit von Videokonferenzen</p> <p><u>Beschluss (10.05.2022):</u> Der Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung nimmt die Stellungnahme der Magistratskanzlei zur Kenntnis.</p> <p>Magistratskanzlei und BIT werden um Prüfung gebeten, wie ein Live-Stream von Ausschusssitzungen (Videokonferenz), auch im Abgleich mit der Praxis in Bremen, realisiert werden kann.</p>	Magistratskanzlei und BIT	läuft	